

Beteiligtentransparenzdokumentation

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/2039)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 05. July 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Thüringer Schulordnung regelt in § 28 die Verwaltung von Kostenbeiträgen. Dort heißt es explizit: "Fallen für die Durchführung von Schülerfahrten wie Schullandheimaufenthalten, Lehr- und Studienfahrten, Schüler- und Lehrwanderungen sowie von ähnlichen Veranstaltungen der Schule Kosten an, so können die von den Eltern zu entrichtenden Kostenbeiträge auf ein Konto der Schule eingezahlt werden; in besonderen Fällen kann eine Zahlung an die Schule auch in bar erfolgen. Haushaltsmittel dürfen über dieses Sonderkonto nicht abgewickelt werden. Die Verwaltung des Kontos oder der Barbeträge obliegt dem Schulleiter oder den von ihm damit beauftragten Bediensteten. Im Schulhalbjahr findet mindestens eine Kassenprüfung durch einen Kassenprüfungsausschuss statt, der aus einem Eltern- und einem Lehrervertreter besteht und von der Schulkonferenz berufen wird."

Dennoch verfügen bei Weitem nicht alle Thüringer Schulen über ein entsprechendes Schulgirokonto. Das liegt unter anderem daran, dass innerhalb der Landesregierung keine Einigkeit zur Frage der Zuständigkeit besteht. Diese Streitigkeiten zwischen dem Thüringer Finanzministerium, dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sollen nicht länger zu Lasten der Schulqualität und der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen ausgetragen werden. Denn dadurch sind aktuell die Möglichkeiten der Einrichtung von Schulgirokonten je nach Schulträger sehr unterschiedlich. Einige Schulträger ermöglichen den Schulen die Einrichtung entsprechender Konten, einige verweisen in dieser Frage auf die Zuständigkeit des Landes für innerschulische, durch das staatliche Personal der Schulen wahrzunehmende Aufgaben.

Dabei wären die Nutzungsmöglichkeiten für die Schulen sehr vielfältig. Sie bestehen etwa beim Sammeln der Eltern- beziehungsweise Schülerbeiträge für schulische Veranstaltungen und der Überweisung an Dritte (z.B. Busunternehmen), in der Verwaltung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gemäß Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder der Bündelung der Mittel des TMBJS und der eigenständigen Umsetzung der jeweils geförderten Maßnahmen in den Schulen (Schulbudget etc.).

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Zuständigkeit für die Einrichtung von Schulgirokonto dahin gehend geregelt werden, dass die Schulleitungen die Konten im Namen des Freistaats Thüringen einrichten und führen dürfen und, dass der Schulleiter auch das im Dienst des Schulträgers stehende Verwaltungspersonal mit der Kontoführung betrauen kann.

C. Alternativen

Beibehaltung der jetzigen Rechtslage mit dem Ergebnis, dass einigen Schulen die Einrichtung eines Schulgirokontos nicht möglich ist und den entsprechenden Folgen für Lehrer, Eltern und Schüler

D. Kosten

Keine

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In § 40 b des Thüringer Schulgesetzes in der Fassung vom 30. April 2003, das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) geändert worden ist, wird nach Absatz 1 folgender neuer Absatz 1 a eingefügt:

"(1 a) Die Schulleitung darf im Namen des Freistaats Thüringen für Zahlungsverkehr in schulischen Angelegenheiten ein Schulgirokonto bei einem Kreditinstitut einrichten und führen. Mit der Kontoführung kann der Schulleiter auch das im Dienst des Schulträgers stehende Verwaltungspersonal beauftragen."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Zu Artikel 1:

Der neu eingefügte Absatz 1 a soll Schulen die Einrichtung von Schulgirokonto, zum Beispiel zur Abwicklung von Maßnahmen des Lernens am anderen Ort oder den Erwerb von Schulbüchern, Lernsoftware, speziellen Applikationen (Apps) und Lizenzen, erleichtern.

Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Thüringer Lehrerverband

GEW Thüringen

Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag

Landesjugendring Thüringen e.V.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -													
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>7407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	7407 Rudolstadt		
	Name	Organisationsform											
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1											
Postleitzahl, Ort	7407 Rudolstadt												
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)													
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													
3. Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)													
	Finanzkontrolle												
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher												
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?												

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt zu folgenden Sachverhalten des Gesetzentwurfs und zu den Fragen 1 bis 3 des Fragenkatalogs des AfBJS wie folgt Stellung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegen den Zahlungsverkehr zwischen Eltern/Schülern und Schulen (Drittmittel) über Schulkonten bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. ▪ Die vorgesehene Nutzung von Schulgirokonten für die Zahlungsabwicklung von Landesmitteln (Schulbudget, Schuletat für Lernmittel) stellt hingegen eine Ausnahme von § 70 ThürLHO dar und wird abgelehnt. Über Schulkonten bewirtschaftete Landesmittel in erheblicher Höhe würden so – außerhalb des Rechnungswesens des Landes – ohne taggenaue Kontrollmöglichkeit der Zahlungsvorgänge für die aufsichtsführenden Stellen (Staatliche Schulämter, Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) und buchmäßige Erfassung abgewickelt werden. ▪ Die Möglichkeit der Beauftragung des Verwaltungspersonals der Schulträger mit der Kontoführung durch den Schulleiter wird ausgehend von den originären Aufgaben der Schulträger kritisch gesehen. ▪ Hinweis auf Alternative zu Schulkonten für Zahlungen mit Landesmitteln und Drittmittel: Zugang jeder Schule zum automatisierten Haushaltsmanagementsystem HAMASYS ▪ Hinweis auf zu erwartende Kosten für Schulen durch die Einrichtung und Nutzung Schulkonten von jährlich rund 100.000 EUR. ▪ Frage 1: keine zusätzlichen Haftungsregelungen erforderlich ▪ Frage 2: Bedenken gegen eine schulrechtliche Verpflichtung der Schulträger ▪ Frage 3: Regelungen zur Rechtsfähigkeit und Vertretungsbefugnissen sind ausreichend 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 12. März 2021	Dr. Sebastian Dette (Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Dr. Sebastian Dette

Mitglieder des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
des Thüringer Landtags
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2039 -

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 der GO des Thüringer Landtags

Ihre Nachricht vom
18. Februar 2021

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Rudolstadt
12. März 2021

wir nehmen zu o. g. Gesetzentwurf sowie den Fragen des Ausschusses wie folgt Stellung:

- Vorgesehene Bereiche für den Zahlungsverkehr über Schulkonten (§ 40b Abs. 1a Satz 1 ThürSchulG-E)

Der Gesetzentwurf sieht einen relativ weit gefassten Verwendungszweck „Zahlungsverkehr in schulischen Angelegenheiten“ für Schulgirokonten vor. Sowohl aus dem Vorblatt Teil A – letzter Absatz (vgl. im Weiteren unter a. bis d.) als auch aus der Gesetzesbegründung (vgl. im Weiteren unter a. und e.) gehen die folgenden, vorgesehenen Nutzungsmöglichkeiten von Schulkonten hervor:

- a. Sammeln von Eltern- bzw. Schülerbeiträgen für schulische Veranstaltungen/ Abwicklung von Maßnahmen des Lernens am anderen Ort,
- b. Überweisung an Dritte (z. B. Busunternehmen),
- c. Verwaltung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket,
- d. Bündelung der Mittel des TMBJS und eigenständige Umsetzung der jeweils geförderten Maßnahmen an den Schulen (Schulbudget etc.) und
- e. Erwerb von Schulbüchern, Lernsoftware, speziellen Applikationen (Apps) und Lizenzen.

Gegen die Nutzung des Schulkontos für Zahlungsvorgänge von a. bis c. hat der Rechnungshof grundsätzlich keine Vorbehalte. Hierbei handelt es sich um Mittel Dritter, für die eine geordnete Zahlungsmöglichkeit über Schulgirokonten geschaffen werden soll. Für die Einrichtung und Führung von Schulkonten für Drittmittel sind gesonderte Verwaltungsvorschriften zur einheitlichen Handhabung der Schulkonten zu treffen.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Bei den unter d. und e. genannten Mitteln handelt es sich hingegen um Landesmittel. Diese dürfen nach § 70 ThürLHO¹ ausschließlich von Kassen und Zahlstellen angenommen und geleistet werden. Die haushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes gelten, soweit keine Ausnahmen zu Zahlungen, Buchführung oder Rechnungslegung zugelassen werden.

Die Notwendigkeit der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln über Schulgirokonten ist nicht ersichtlich. Eine Ausnahmeregelung für den Schulbereich bzw. einzelne Bereiche der Mittelbewirtschaftung wird zudem vom Rechnungshof aus folgenden Gründen nicht befürwortet:

Die betragsmäßig hohen jährlichen Etat- bzw. Budgetzuweisungen² des Landes an Schulen lassen erwarten, dass Schulkonten mit erheblichem Finanzvolumen bewirtschaftet werden könnten. Landesmittel würden über Schulkonten – außerhalb des Rechnungswesens des Landes – ohne taggenaue Kontrollmöglichkeit der Zahlungsvorgänge für die aufsichtsführenden Stellen (Staatliche Schulämter, Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) und buchmäßige Erfassung abgewickelt werden.

Die Ermächtigung der Schulleitungen zur Einrichtung und Nutzung von Schulkonten wird deshalb vom Rechnungshof lediglich für solche Zahlungsvorgänge befürwortet, die nicht mit Haushaltsmitteln des Landes bzw. der Kommunen getätigt werden. Dies entspricht im Übrigen den Regelungen hierzu in den meisten anderen Ländern.

Der Rechnungshof schlägt deshalb vor, klarstellend das Vorblatt und die Begründung anzupassen (*Streichung der Nutzungsmöglichkeit unter d. und e.*) und wie folgt zu ergänzen: „*Es dürfen keine staatlichen oder kommunalen Haushaltsmittel über das Schulkonto abgewickelt werden.*“

Mit Blick auf die ohnehin schon hohe administrative Belastung von Schulleitern³ schlägt der Rechnungshof überdies vor, Schulkonten für Drittmittel durch die zuständigen Staatlichen Schulämter einrichten zu lassen. Hierdurch wäre sichergestellt, dass zentral alle Informationen über die eingerichteten Konten vorliegen. Gegenüber der Bank käme den Schulämtern hier eine Bündelungsfunktion zu. Die Verhandlung über die Konditionen der Konten würde nicht mehr jedem einzelnen Schulleiter obliegen. Die Bewirtschaftung der Konten könnte anschließend vom Schulamt auf die Schulen (Direktoren, Lehrkräfte) geordnet übertragen werden.

¹ I. V. m. den Verwaltungsvorschriften für Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung zu den §§ 70-72, 75-80 ThürLHO (VV-ZBR), Thüringer Finanzministerium vom 11. November 2015 (Az.: H 1007-§70-72 und 75 bis 80 -33.3), ThürStAnz 2015, S. 2303 – 2337).

² Die Landesmittel für die Lernmittel (Schuletat) für alle Schulen in staatlicher Trägerschaft belaufen sich auf jährlich rund 7 Mio. EUR.

Die Landesmittel für das sog. Schulbudget für alle Schulen in staatlicher Trägerschaft belaufen sich auf jährlich rund 6,6 Mio. EUR.

Neben dem Schulbudget werden u. a. noch das sog. Hortbudget und das Fortbildungsbudget vom Land in vergleichbarer Größenordnung zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung an die Schulen zugewiesen.

³ Prüfung „Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben an staatlichen allgemeinbildenden Schulen“, abschließende Prüfungsmitteilung vom 22. Oktober 2019, veröffentlicht im Jahresbericht 2020 des Thüringer Rechnungshofs zu Teil C Tn. V, S. 93 ff.

– **Beauftragung des Verwaltungspersonals vom Schulträger**
(§ 40b Abs. 1a Satz 2 ThürSchulG-E)

Der Schulleiter soll auch das im Dienst des Schulträgers stehende Verwaltungspersonal mit der Kontoführung beauftragen können.

Innerhalb der Schulleitungen an staatlichen Schulen werden die Aufgaben durch Schulleiter und Verwaltungspersonal der Schulträger (sog. Unterstützungspersonal) erledigt. Nach Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofs bestehen hierbei große Unterschiede zwischen den Schulen in der Aufgabenverteilung. Ursächlich hierfür ist, dass einheitliche und verbindliche Festlegungen zu den jeweiligen Zuständig- und Verantwortlichkeiten innerhalb von Schulleitungen fehlen. Ebenso wenig liegen Kriterien zur Ermittlung des erforderlichen Personalbedarfs für das Unterstützungspersonal vor.

Insbesondere mit Blick auf die abzugrenzende Finanzierungsverantwortung für Aufgaben und Personal zwischen Land und Kommunen hatte der Rechnungshof deshalb

- die verbindliche Zuordnung der Aufgaben für Schulleiter und Unterstützungspersonal ggf. über einen Mindestkatalog sowie
- aufgabenbezogene und vergleichbare Festlegungen zur Personalbemessung für erforderliches Unterstützungspersonal

gefordert.⁴

Die Landesregierung ist dieser Empfehlung allerdings nicht gefolgt.

Die Kontoführung zur Abwicklung von Zahlungen für Klassenfahrten etc. über Schulkonten kann nicht dem originären Aufgabenbereich der Schulträger zugeordnet werden. Insofern wird die individuell vom Schulleiter vorzunehmende Beauftragung von Unterstützungspersonal durch die Schulleiter vom Rechnungshof kritisch gesehen.

– **Alternativen zu Schulkonten und Feststellungen des Rechnungshofs**

Der Rechnungshof macht – ausweislich seiner Feststellungen in mehreren Prüfungen⁵ – auf aktuell bestehende Schwierigkeiten bei der Zahlungsabwicklung von Landesmitteln zwischen den Schulen und Staatlichen Schulämtern (SSÄ) bzw. dem Ministerium aufmerksam.

⁴ Prüfung „Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben an staatlichen allgemeinbildenden Schulen“, abschließende Prüfungsmitteilung vom 22. Oktober 2019, veröffentlicht im Jahresbericht 2020 des Thüringer Rechnungshofs zu Teil C Tn. VI, S. 97 ff.

⁵ Prüfung „Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben an staatlichen allgemeinbildenden Schulen“, abschließende Prüfungsmitteilung vom 22. Oktober 2019, Prüfung „Auswahl, Finanzierung, Beschaffung und Ausleihe von Lernmitteln an Gymnasien in staatlicher und freier Trägerschaft“ – Teil 1 bis Teil 3.

Die Etat- bzw. Budgetverwaltung durch die Schulen war durch

- bürokratische Abläufe in der Zusammenarbeit mit SSÄ und Ministerium,
- teilweise unnötige Mehrfacherfassungen einhergehend mit einer hohen Fehlerquote und
- unzureichende Transparenz und Kontrollmöglichkeiten

geprägt.

Der Rechnungshof hatte deshalb vorgeschlagen, dass jede Schule für die eigenständig zu bewirtschaftenden Budgets einen Zugang zum automatisierten Haushaltsmanagementsystem HAMASYS erhalten soll. Wie alle Dienststellen des Freistaats Thüringen könnten Schulen somit die ihnen zugewiesenen Haushaltsmittel im Landessystem bewirtschaften. Über Unterkonten könnten – transparent und jederzeit nachvollziehbar – Zahlungsvorgänge abgewickelt werden. Für Drittmittel (z. B. Elterngelder für Klassenfahrten) kämen Abrechnungskonten in Betracht.⁶

Sowohl das TMBJS als auch das für Finanzen zuständige Ministerium lehnten allerdings diesen Vorschlag – wegen des hohen Umstellungsaufwands und der dadurch zu erwartenden Kosten – als unwirtschaftlich und nicht zielführend ab.

Der Rechnungshof räumt ein, dass die Anbindung an HAMASYS für die derzeit 815 staatlichen Schulen und erforderliche Fortbildungen der Zahlungsverantwortlichen zwar zunächst mit einem hohen Aufwand einhergehen würden. Auch der Bearbeitungsaufwand an den Schulen durch vorzunehmende Zahlungen würde zunächst steigen. Jedoch entfielen mittelfristig zahlreiche administrative Aufgaben an den Schulen⁷ und Schulleitungen würden dadurch entlastet. Bei den Prüfungen haben sich deshalb Schulleiter ausdrücklich für eine eigenständige Zahlungsverantwortung bei budgetierten Landesmitteln ausgesprochen. Personal für Buchungsaufgaben an den SSÄ und am Ministerium könnte so für andere Aufgaben eingesetzt oder abgebaut werden.

Auch mit Schulgirokonten wird auf die Schulleiter und Zahlungsverantwortliche Mehrarbeit zukommen. Da für die Schulgirokonten das Haushaltsrecht anzuwenden ist, werden – ebenso wie bei der Nutzung von HAMASYS – neben zeitlichen Ressourcen auch haushaltsrechtliche Kompetenzen an den Schulen vorausgesetzt.

Der Rechnungshof bekräftigt deshalb erneut seinen Vorschlag, Schulen den Zugang zum HAMASYS zu ermöglichen, um so den Zahlungsverkehr sowohl von budgetiert zugewiesenen Landesmitteln als auch von Drittmitteln abzuwickeln.

⁶ Vgl. Arbeitsanleitung HAMASYS des Landesamtes für Finanzen, Fach XII: Verwahrung/Vorschüsse/Abrechnungskonten, Kapitel 1: Abrechnungskonten, S. 480 ff.

⁷ Z. B. Dokumentationspflichten oder zeitaufwendige Abstimmungen mit den Buchungsstellen an den SSÄ und dem Ministerium.

– Kosten – Kontoführungsgebühren und anfallende Kosten und Steuern

(Vorblatt zum Gesetzentwurf zu D.)

Im Vorblatt zum Gesetzentwurf werden „keine“ zu erwartenden Kosten benannt. Kontoführungsgebühren und andere anfallende Kosten für Schulkonten sollen demnach nicht vom Land übernommen werden.

Davon, dass Schulleitungen kostenlos Girokonten bei Bankinstituten nutzen können, ist nicht auszugehen. Kontoführungsgebühren und andere anfallende Kosten müssten demnach über eigene Mittel der Schulen beglichen werden. Die jährliche Größenordnung scheint bei geschätzten durchschnittlichen Kontoführungsgebühren einschließlich anfallender Kosten pro Monat von 10 EUR zunächst vernachlässigbar. Würde allerdings jede Schule ein Schulkonto einrichten, entstünden den Schulen und letztlich dem Land hierfür jährliche Ausgaben von rund 100.000 EUR.⁸

Der Rechnungshof empfiehlt, darauf hinzuwirken, dass durch eine Rahmenvereinbarung o. Ä. eine möglichst kostengünstige Lösung für Schulgirokonten gefunden werden kann. Sollten Gebühren nicht vermieden werden können, sind Regelungen über die Deckung der Kosten zu treffen.

Bei der Steuerverwaltung wäre außerdem bei der Einrichtung von Schulgirokonten eine Nicht-Veranschlagungsbescheinigung für die Kapitalertragsteuer zur Eintragung bei dem Kreditinstitut zu erwirken. Da der Kontoinhaber der Freistaat Thüringen ist, dürften die Voraussetzungen des § 44a Abs. 4 Einkommensteuergesetz gegeben sein.

Der Rechnungshof macht auf entstehende Kosten für Schulkonten aufmerksam. Diese Ausgaben wären im Übrigen vermeidbar, wenn die Schulen ihren Zahlungsverkehr über HAMASYS abwickeln könnten. (vgl. Abschnitt zuvor).

Frage 1: Bedarf es aus Ihrer Sicht neuer Regelungen zur Haftung im Umgang mit den Geldern, die über ein Schulgirokonto abgewickelt werden sollen und wie könnten diese gestaltet werden?

Schulleiter oder die mit der Kontoführung beauftragten Personen handeln bei der Kontoführung in Ausübung eines öffentlichen Amtes. Für schuldhaftes Pflichtverletzungen gegenüber Dritten (Eltern, Schüler), die in Ausübung eines öffentlichen Amtes begangen werden, haftet der Dienstherr (Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB). Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit kann der Dienstherr Rückgriff gegen den Bediensteten nehmen (Art. 34 S. 2 GG).

Gegenüber dem Land sind der in der Regel verbeamtete Schulleiter und Lehrkräfte nach den beamtenrechtlichen Grundsätzen schadenersatzpflichtig (§ 48 BeamStG, §§ 46 - 48 ThürBG). Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis haften gegenüber dem Land ggf. wegen arbeitsvertraglicher Pflichtverletzungen nach den Grundsätzen des TV-L (§ 3 Abs. 7 TV-L). Danach finden die beamtenrechtlichen Haftungsregelungen Anwendung.

⁸ 815 Schulen (im Schuljahr 2019/2020 – lt. TLS) x 10 EUR x 12 Monate = 97.800 EUR.

Zusammenfassend gilt demnach, dass kontoführende Bedienstete für Pflichtverletzungen bei der Kontoführung gegenüber dem Dienstherrn nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haften. Gegenüber Dritten sind sie von der Haftung vollumfänglich freigestellt.

Bei vorsätzlichem Handeln käme zusätzlich noch eine Strafbarkeit nach §§ 263, 266 StGB in Betracht.

Der Rechnungshof hält daher keine zusätzlichen Haftungsregelungen für erforderlich.

Frage 2: Wie bewerten Sie die Alternative, Transaktionen wie sie beispielsweise in der Planung von Klassenfahrten anfallen, über verpflichtende Schulträgerkonten abzuwickeln?

Gegen eine schulrechtliche Verpflichtung der Schulträger zur Einrichtung von Schulgirokonten bestehen wegen § 13 Abs. 2 ThürSchulG Bedenken. Hierbei handelt es sich nicht um eine originäre Aufgabe der Schulträger.

Frage 3: Wären aus Ihrer Sicht neue Regelungen zur Rechtsfähigkeit von Schulen oder Schulleitungen notwendig, um die im Gesetzentwurf beschriebenen Schulgirokonten und die dafür vorgesehenen Transaktionen rechtssicher abwickeln zu können?

Die Regelungen zur Rechtsfähigkeit der Schulen (§ 13 Abs. 1 ThürSchulG) sowie zu Vertretungsbefugnissen nach außen und Aufgaben der Schulleiter (§ 33 Abs. 1 ThürSchulG) sind ausreichend und bedürfen aus der Sicht des Rechnungshofs keiner Änderung.

Mit freundlichen Grüßen

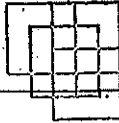
gez. Dr. Sebastian Dette
(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes: Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	 tlv thüringer lehrerverband
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Landesgeschäftsstelle Tschaikowskistraße 22 99096 ERFURT Telefon (0361) 30 25 26 -30 Telefax (0361) 30 25 26 -5932
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Gewerkschaftsarbeit / Interessenvertretung Lehrerinnen u. Lehrer in Thüringen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet; <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>(siehe Stellungnahme)</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der	

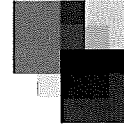
Beteiligtransparenzdocumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
05.03.2021 / Erfurt	

THÜR. LANDTAG POST
22.03.2021 08:53

7328/2021



tlv
thüringer
lehrerverband

tlv Thüringer Lehrerverband Tschalkowskistr. 22, 99096 Erfurt
via E-Mail: poststelle@landtag-thueringen.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Tschalkowskistraße 22
99096 Erfurt

Telefon 0361.302526-30
Telefax 0361.302526-5932
post@tlv.de
www.tlv.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen/
meine Nachricht vom

Datum

Drs.: 7/2039

12.03.2021

Stellungnahme des tlv zum Zweiten Thür. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2039 –

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Beteiligung an o. g. Gesetzentwurf und nehmen wie folgt Stellung.

Der tlv unterstützt den Änderungsentwurf zum Zweiten Gesetz des Thür. Schulgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU-Fraktion voll umfänglich, fordert aber im **Punkt B – Lösung** eine Änderung.

Der vorgeschlagene Gesetzestext soll wie folgt angepasst werden:
Artikel 1, 1a:

„Die Schulleitung soll im Namen des Freistaats Thüringen für Zahlungsverkehr in schulischen Angelegenheiten ein Schulkonto bei einem Kreditinstitut **einrichten und führen**.

Damit ist der Sachverhalt klar geregelt und wird keine „Kann-Bestimmung“ sein.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertr. Landesvorsitzender

*Der tlv Thüringer
lehrerverband ist eine
Interessenvertretung
aller Beschäftigten im
Thüringer Bildungswesen
und größte Fachgewerk-
schaft im tbb
beamtenbund und tarif-
union.*

*Als Thüringer Landesver-
band im VBE Verband
Bildung und Erziehung
- der mit bundesweit
165.000 Mitgliedern
eine der beiden großen
Bildungsinteressenver-
tretungen und zugleich
die größte Fachgewerk-
schaft im dbb beamten-
bund und tarifunion - ist
der tlv bestens vernetzt.*



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>GAJ Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Str. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	GAJ Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	GAJ Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung im Bildungsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet; <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	prinzipielle Zustimmung zu Schulhaushalt, Anforderung von Rechtsnormen & organisatorischen Maßnahmen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der	

Anlage 4

Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Greif, 23.03.2021	

// Vorsitzende //

THÜR. LANDTAG POST
23.03.2021 15:39

7559/2021

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt, 23. März 2021

**Stellungnahme der GEW Thüringen zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes,
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2039 –**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

die Aufforderung zur schriftlichen Stellungnahme zum genannten Gesetzesvorhaben nehmen wir gern wahr.

Die Einrichtung eines Girokontos für jede Schule, um damit den Zahlungsverkehr in schulischen Angelegenheiten abzuwickeln, findet prinzipiell unsere Zustimmung. Mit der formalen Einrichtung des Kontos sind aber noch nicht alle aus unserer Sicht erforderlichen Fragen geklärt. Anpassungen anderer Rechtsnormen müssen im Anschluss zeitnah erfolgen:

- Die Führung dieses Kontos ist eine zusätzliche Aufgabe, die sehr viel Sorgfalt erfordert. Sie kostet Zeit und muss daher entsprechend auf das Lehrdeputat angerechnet oder ein anderweitiger Ausgleich für die Person geschaffen werden, die das Konto führt.
- Bei großen Schulen wird der Umfang der Transaktionen nicht unerheblich sein. Daher ist zu klären, ob Unterkonten sinnvoll und möglich sind, wer sie führt und wie diese Aufgabe angerechnet wird.
- Der Nutzungsumfang für das Schulkonto muss klar geregelt sein.
- Eine Haftung der kontoführenden Person ist auszuschließen, ausgenommen davon sind grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz.
- Girokonten sind heutzutage nicht mehr kostenfrei. Daher ist zu klären, aus welchen Mitteln die Kontoführungsgebühren vom Land bereitgestellt werden.

- Es gibt bei den Schulträgern bereits bestehende Haushaltskonten, die von jeder Schule geführt werden müssen. Wie kann abgesichert werden, dass Schulen hier nicht unnötige Parallelstrukturen bearbeiten müssen?
- Sollen bzw. können diese Konten auch für Schülerfirmen genutzt werden? Schülerfirmen haben vom Grundsatz her eigentlich keine Geschäftskonten und auch hier steht die Frage, wie Erträge aus diesen Schülerfirmen finanztechnisch sicher und sauber gebucht und einer Verwendung zugeführt werden.

Der Fragenkatalog, der der Anhörung beigelegt, kann von uns nicht beantwortet werden, da er auf juristische Überlegungen abhebt. Wir haben das Thema aus Sicht der Schulorganisation betrachtet.

Für Fragen stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2039		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Postfach 80 06 53</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99032 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Alte Rothofstraße 8-10 60313 Frankfurt</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Alte Rothofstraße 8-10 60313 Frankfurt	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Alte Rothofstraße 8-10 60313 Frankfurt	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der Verband hat die Aufgabe, auf der Grundlage der Gemeinnützigkeit die gemeinsamen Angelegenheiten seiner Mitgliedssparkassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wahrzunehmen, das Sparkassenwesen sowie das öffentliche Bauspar- und Versicherungswesen in Anpassung an die Entwicklungen im Finanzdienstleistungsbereich zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen, Sparkassenmitarbeiter aus- und fortzubilden und die Aufsichtsbehörden gutachtlich zu beraten.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen begrüßt die geplante Gesetzesänderung. Der neue § 40b Abs. 1a ThürSchulG ermöglicht eine rechtssichere Kontoführung im Namen des Freistaats Thüringen. Gleichzeitig schafft die Regelung die für Schulen und Sparkassen gleichermaßen nötige Flexibilität bei der Umsetzung in der Praxis.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der	

Beteiligientransparenzdokumentation zu (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAHTENBUND UND TABIFUMION THÜRINGEN</td> <td>E.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>SCHMIDTSTEDTER STR. 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAHTENBUND UND TABIFUMION THÜRINGEN	E.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAHTENBUND UND TABIFUMION THÜRINGEN	E.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND i. S. von § 35 THÜR BG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet; <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	SCHULE ALS „VERWALTUNGSEINRICHTUNG“ WEITERE REGELUNGEN IM RAHMEN EINER VERWALTUNGSVORSCHRIFT (SCHULLEHRE, AUFEICHNUNGS- UND AUFBEWAHRUNGSFRIST) ..	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der	

Anlage 4

Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

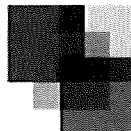
Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 01.04.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
01.04.2021 13:04

840712021

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

Landesvorsitzender

Per E-Mail

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Frau Dr. Kristin Eglinski
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
19. Februar 2021

Datum
01. April 2021

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes **Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO Thüringer Landtag**

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme. Zu oben genannten Antrag nimmt der tbb wie folgt Stellung:

Es dürfte zeitgemäß sein, der Schule als „Verwaltungseinrichtung“ die Führung eines Girokontos zu erlauben. Bisher wird in der Schulordnung ein Konto erwähnt, die gesetzliche Grundlage zur Einrichtung fehlt aber. Die hier vorgeschlagene Änderung des Thüringer Schulgesetzes ist sinnvoll und schafft Sicherheit für die Schulen.

Die Führung eines Geschäftskontos ist aber immer mit Kosten des kontoführenden Institutes verbunden. Es muss klar sein, wer diese Kosten übernimmt. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, das Konto im Namen des Freistaates zu eröffnen, womit dieser die Kosten tragen müsste. Das halten wir organisatorisch für schwierig. Wenn der Schulträger verpflichtet würde, ein Konto für jede Schule zu führen, die Kosten dafür zu tragen und mit seinen an der Schule vorhandenen Personal den Verwaltungsaufwand zu leisten, wäre es ausreichend, der Schulleitung die Verantwortung für das Konto zu übertragen.

Es bedarf jedoch eindeutig weiterer Regelungen im Rahmen einer Verwaltungsvorschrift. In dieser müssten neben Aufzeichnungs- und Aufbewahrungsfristen, Datenschutzrechtliche Fragen, Nutzung von Bankensoftware, Kostentragung bei Kontoführungsgebühren und der Verwendungszweck als Minimum näher ausgeführt werden. Der tbb bittet um Prüfung, ob die Rechtsgrundlage dafür gegeben ist.

Zum Fragenkatalog

Zu 1.

Aus unserer Sicht liegt die Haftung beim Leiter der Dienststelle Schule. Man kann eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Schul- bzw. Lehrerkonferenz festlegen. Offen ist, ob es durch den Freistaat, ähnlich wie bei der Haushaltsverwaltung des Schulträgers, zu Verhaltensregeln im Um-

gang mit dem Schulkonto kommt. Damit gäbe es weiteren bürokratischen Aufwand für Schulleitung bzw. Lehrkräfte.

Zu 2.

Es ist egal ob der Freistaat oder der Schulträger das Konto führt. Der Aufwand dürfte für die Schulleitung bzw. die Lehrkraft gleich sein. Für jedes Geschäftskonto muss es Regeln geben deren Einhaltung an der Schule Aufwand für Verwaltung nach sich ziehen.

Die jetzigen Probleme entstehen aus anderen Gründen. Wenn der Schulträger bei Einrichtung des Girokontos aus finanziellen Gründen den Service minimiert, tragen den zusätzlichen Aufwand die Schulleitung bzw. die Lehrkräfte. Die vom Schulträger beschäftigten Mitarbeiter(innen) weigern sich zu Recht diese Aufgaben zu übernehmen.

(Beispiele: keine Onlinekontoführung, Auszüge bzw. Überweisungen nur einmal im Monat u. ä.)

Zu 3.

Neue Regelungen zur Rechtsfähigkeit von Schulen oder Schulleitungen sind nach unserer Einschätzung nicht erforderlich. Wird der Schule als Dienststelle die Aufgabe übertragen ist klar, dass der Dienststellenleiter die Verantwortung dafür trägt. Jedoch bedarf es weitergehender Regelungen für die Ausgestaltung im Rahmen einer Verwaltungsvorschrift, wie bereits dargestellt.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Stellungnahme Informationen und Anregungen für politische Positionierungen und Initiativen beinhaltet. Für ergänzende Hinweise stehen wir gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes		
- Drucksache 7/2039 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlG)	
	Kommunaler Spitzenverband I. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlG)	
	Befürwortung des Gesetzentwurf mit kleineren Änderungsvorschlägen, Beantwortung des Fragenkatalogs	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erst 8.6.17	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6. werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes. Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2038 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Thüringischer Landtag	
	e. V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Richard-Breslau - Str. 13	
	Postleitzahl, Ort	
	99 094 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunales Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO Art 9 / Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet; <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Fachentwurf aus juristischer Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der	

Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilbkkG)	
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
9.4.21 Gf/1	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes - Drucksache 7/2039 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesjugendring Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannesstr. 19</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesjugendring Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 19	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesjugendring Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 19										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	- politische Interessenvertretung junger Menschen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung soll <ul style="list-style-type: none"> - durch die Festschreibung der Zuständigkeit Rechtsklarheit hergestellt werden. - eine Rechtssicherheit hergestellt werden, die insbesondere aus Sicht der pädagogischen Lehrkräfte dringend geboten ist (Haftungsfragen, Beendigung vorhandener Grauzonen etc.). - die Schule im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden. <p>Dies wird grundsätzlich begrüßt und sollte mit dem neuen Schuljahr 2021/22 bereits Wirkung entfalten.</p> <p>Die vorgesehene Regelung, dass auch das im Dienst des Schulträgers stehende Verwaltungspersonal mit der Führung des Kontos beauftragt kann, muss ergänzt werden. Die kann nur im Einvernehmen mit dem Schulträger erfolgen.</p> <p>Zur Herstellung einer Rechtsklarheit ist es zwingend geboten, eine eindeutige Aussage zur Übernahme der Kosten der Kontoführungsgebühren zu treffen. Darüber hinaus wird empfohlen, das Schulgirokonto breiter als bisher im § 28 Thüringer Schulordnung (hier ausdrücklich zur Verwaltung von Kostenbeiträgen) ausgewiesen zu regeln.</p>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.04.2021	

Landesjugendring Thüringen e.V.

Arbeitsgemeinschaft Thüringer Kinder- und Jugendvertretungen

THÜR. LANDTAG POST

09.04.2021 12:36

8933/2021



Landesjugendring Thüringen e.V. • Johannesstr. 19 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Geschäftsstelle

Johannesstraße 19
99084 Erfurt

Telefon 0361 57678-0

Fax 0361 57678-15

E-Mail post@ljrt-online.de

Web www.ljrt.de

Social <http://facebook.com/ljrth>
<http://plus.google.com/+LjrtDe>

Erfurt, 9. April 2021

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/2039)

Hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, zum vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können.

Grundsätzliche Würdigung

Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung soll

- durch die Festschreibung der Zuständigkeit Rechtsklarheit hergestellt werden.
- eine Rechtssicherheit hergestellt werden, die insbesondere aus Sicht der pädagogischen Lehrkräfte dringend geboten ist (Haftungsfragen, Beendigung vorhandener Grauzonen etc.).
- die Schule im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden.

Dies wird grundsätzlich begrüßt und sollte mit dem neuen Schuljahr 2021/22 bereits Wirkung entfalten.

In Ergänzung Ihrer aufgeworfenen Fragen wird Folgendes vorgetragen:

In Satz 2 wird ausgeführt, dass der Schulleiter mit der Kontoführung „auch das im Dienst des Schulträgers stehende Verwaltungspersonal beauftragen“ kann.

An dieser Stelle soll die bisherige Praxis (zuvorderst Verwaltung der Schulkonten durch Beschäftigte der Schulträger im Schulsekretariat) gesetzlich verankert werden. Diese zurückliegende Entwicklung basiert - wegen fehlender Rechtsklarheit - auf einer Freiwilligkeit von Schulträgern bei der Einrichtung und Verwaltung von Schulkonten. Sofern nach Satz 1 der Freistaat Kontoinhaber wird, kann eine Beauftragung von Beschäftigten im Dienst des Schulträgers **nur im Einvernehmen** mit diesem erfolgen.

Zur Herstellung einer Rechtsklarheit ist es zwingend geboten, eine eindeutige Aussage zur Übernahme der Kosten der Kontoführungsgebühren zu treffen. Dem Grunde nach richten sich diese an den Kontoinhaber, der laut Gesetzentwurf der Freistaat ist.

Darüber hinaus wird empfohlen, das Schulgirokonto breiter als bisher im § 28 Thüringer Schulordnung (hier ausdrücklich zur Verwaltung von Kostenbeiträgen) ausgewiesen zu regeln, um u.a. auch darüber das Schulbudget (originäre Landesmittel), Spenden und ähnliche Mittel zu verwalten. In Folge dessen würde das Schulgirokonto nicht mehr als reines „Durchlaufkonto“ fungieren. Dies wäre im Übrigen auch ein erster Schritt in eine durch den Landesjugendring Thüringen e.V. geforderte stärkere finanzielle Autonomie staatlicher Schulen zur Gestaltung und Weiterentwicklung ihres pädagogischen Alltags.

Zu den aufgeworfenen Fragen

1. Bedarf es aus Ihrer Sicht neuer Regelungen zur Haftung im Umgang mit den Geldern, die über ein Schulgirokonto abgewickelt werden sollen und wie können diese gestaltet werden?

Ja, es bedarf neuer Regelungen. Dies insofern, um pädagogische Lehrkräfte nicht weiterhin einem persönlichen Haftungsrisiko auszusetzen sowie um für alle Beteiligten Rechtssicherheit und Rechtsklarheit herzustellen.

Der vorliegende Gesetzentwurf zielt darauf ab, dass der Freistaat Thüringen Kontoinhaber ist („im Namen des Freistaats“). Die*der Schulleiter*in wäre Kontozugriffsberechtigte*r mit entsprechender Kontoführungspflicht. Die Folge ist, dass Verantwortlichkeit und Haftung in staatlicher Zuständigkeit liegen.

Dies wird ausdrücklich begrüßt, auch wenn aus zurückliegender (und noch bestehender) Rechtsunklarheit unterschiedliche Praktiken zur Führung von Schulkonten gem. § 28 Thüringer Schulordnung festzustellen sind (Schulleitungen haben ein Konto eingerichtet, Schulträger oder Schulfördervereine stellen Konten zur Verfügung ...), die aus jeweiliger Konstellation heraus auch mit unterschiedlichen Problemstellungen ringen und letztlich auch keine abschließende Rechtssicherheit herstellen.

Der Landesgesetzgeber sollte mit einer klaren Rechtslage darauf reagieren und dafür Sorge tragen, dass die Schulaufsichtsbehörden durch eine landeseinheitliche Praxis bei den Schulgirokonten für Rechtssicherheit an den Schulen sorgen. Sofern diesem entsprochen wird, müsste zur Veränderung der bisherigen Praxis eine Übergangsbestimmung eingeführt werden.

2. Wie bewerten Sie die Alternative, Transaktionen wie sie beispielsweise in der Planung von Klassenfahrten anfallen, über verpflichtende Schulträgerkonten abzuwickeln?

Grundsätzlich wird vorgetragen, dass für das pädagogische Konzept und damit zusammenhängender Angebote (u.a. Lernen am anderen Ort) die Schule als untere Landesbehörde in Verantwortung steht. Insofern handelt es sich um innerschulische Angelegenheiten, für die der Schulträger nicht zuständig ist und diese dem Grunde nach auch nicht beeinflussen kann.

Die Abwicklung über die Einführung verpflichtender Schulträgerkonten würde somit eine unsachgemäße Aufgabenübertragung mit entsprechender Haftungsfolge bedeuten. Dies wird abgelehnt.

3. Wären aus Ihrer Sicht neue Regelungen zur Rechtsfähigkeit von Schulen oder Schulleitungen notwendig, um die im Gesetzentwurf beschriebenen Schulgirokonten und die dafür vorgesehenen Transaktionen abwickeln zu können?

Die Schule als untere Landesbehörde ist keine eigene Rechtspersönlichkeit. Insofern ist die im § 40 b Abs. 1 a S. 1 enthaltene Regelung folgerichtig und bedarf keiner weiteren neuen Regelungen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2039 -	
1	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
bei juristischen Personen	
	Name
	Organisationsform
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
	Aufsichtsbehörde nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2016/679 und zugleich Aufsichtsbehörde im Sinne des Artikels 41 der Richtlinie (EU) 2016/680
2	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
	Häßlerstraße 8
	Postleitzahl, Ort
99096 Erfurt	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im Freistaat Thüringen

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

AZ:

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/In: :
Telefon :
Erfurt, den : 19. Mai 2021

**Verlangen des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport gemäß § 112
Abs. 4 GO**

Sehr geehrte Frau

ich danke Ihnen für die Gelegenheit einer Stellungnahme zur Einfügung eines
neuen Absatzes 1a in § 40 b Thüringer Schulgesetz.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht begrüße ich die Möglichkeit der Einrichtung ei-
nes Schulgirokontos durch die Schulleitung im Namen des Freistaats Thüringen
außerordentlich. Auf diese Weise sind einzelne Lehrkräfte dann nicht mehr darauf
angewiesen, ein eigenes privates Konto zur Abwicklung der Zahlvorgänge im Zu-
sammenhang beispielsweise mit der Durchführung einer Klassenfahrt anzulegen.

Ich erinnere daran, dass der TLfDI das TMBJS bereits Ende 2014 (Az.: 438-
16/2014.3) auf die Problematik der Eröffnung von privaten Konten durch Lehrkräf-
te aufmerksam gemacht hatte und die Einrichtung von Schulkonten gefordert hat-
te. Zuletzt teilte das TMBJS am 25.11.2016 (Az.: 31/3/5059-2) dem TLfDI mit,
dass zwischen dem TMBJS und dem TFM keine Lösung gefunden wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt



Telefon:
Telefax:
E-Mail*:
Internet:

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)